

Bezugspreis: Für den Monat August 10.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua, und Romelgebiet, sowie Österreich und Ungarn 12.- M. für das übrige Ausland 17.- M. ...

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Komparatizelle kostet 25.- M. ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 30. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Vor der Entscheidung.

Die Entscheidung über das Moratorium wird voraussichtlich morgen fallen. Die französische Regierung bemüht sich seit der Rückkehr der Delegierten der Reparationskommission aus Berlin, eine Einigung der Reparationskommission in der Moratoriumsfrage als wahrscheinlich hinzustellen. Es ist schwer, zu beurteilen, inwiefern dieser Optimismus begründet ist. Solange Frankreich an den von Poincaré geforderten produktiven Pfändern festhält, erscheint ein einstimmiger Beschluß der Reparationskommission unmöglich. Wir wissen nicht, ob Poincaré seinen Plan, den "Daily Chronicle" erst leihthin wieder als ein Todesurteil für Deutschland zu bezeichnen, fallen gelassen hat. Der demokratisch-radikale "Deuvre", dessen Urteil sich oft als richtig erwiesen hat, erklärt, das französische Außenministerium hoffe, die Reparationskommission werde das Moratorium ablehnen, andernfalls werde sich Frankreich von der Reparationskommission trennen, deren "internationaler" Geist der französischen Regierung schon lange nicht mehr gefalle. Das sei zu gleicher Zeit die persönliche Auffassung Poincarés. Da der "Deuvre" in Opposition zu der französischen Regierung steht, kann man nicht annehmen, daß seine Äußerungen irgendwelche tatsächlichen Zwecke zugunsten einer Lösung im Sinne Poincarés verfolgen. Man wird die Information also als die Ansicht eines ersten Blattes würdigen müssen, wenn es auch im Bereich der Möglichkeit liegt, daß "Deuvre" diesmal nicht richtig informiert ist.

Sollte Poincaré auf die produktiven Pfänder verzichten, so fragt es sich, auf Grund welcher neuen Kombinationen das geschehen ist. Es wird in der französischen Presse zwar viel von diesen Kompromißlösungen gesprochen, sie weichen aber zu sehr voneinander ab, um eine Handhabe für den Gang der Ereignisse bieten zu können. Beachtenswert ist es, daß Pariser Berichterstatter englischer Zeitungen davon sprechen, daß Poincaré im Hinblick auf die kommende allgemeine Konferenz zur Lösung des Weltschuldensproblems geneigt sei, in der Frage des Moratoriums nachzugeben. Voraussetzung hierfür sei allerdings eine Auslegung oder Abänderung der Balfour-Note. Hier wird also erneut darauf hingewiesen, von wie ausschlaggebender Bedeutung die Lösung des interalliierten Schuldensproblems für die Regelung der Reparationsfrage ist. So richtig und so berechtigt dieser Hinweis sein mag, so sehr geht er doch von der falschen Voraussetzung aus, als sei in dieser Hinsicht Verbindliches zu erwarten, bevor das alte Europa seinen Kriegsnachschuß aus dem Versailler Vertrag unter sich selbständig geregelt hat. Die Anregung des Senators Cox, eines Führers der Demokratischen Partei Amerikas, den amerikanischen Ernährungsminister Hoover als Schiedsrichter oder in ähnlichem Auftrage nach Europa zu senden, stößt auf den Widerstand der augenblicklichen Regierungsmajorität und war vielleicht auch mehr als Plattform für die kommenden Wahlen für den Senat, denn als positiver Vorschlag gedacht. Eine aktive Teilnahme der Vereinigten Staaten an dem Europa niederdrückenden Problem ist also vor dem Abschluß der für den Herbst angelegten Wahlen nicht zu erwarten, und Europa würde gut daran tun, schon vorher Entscheidungen zu treffen, die dem "Hineinschlittern" in das wirtschaftliche Chaos, das dem finanziellen folgen muß, Einhalt gebieten. Die nächsten beiden Tage sind wichtige Verfallstermine in dieser Hinsicht. Einen Optimismus nach den Ereignissen in London kann man sich nur schwer abringen.

Optimismus in Frankreich?

Paris, 30. August. (W.T.B.) Nach einer Mitteilung der "Agence Havas" von gestern abend herrschte der Eindruck vor, daß die Delegierten der Reparationskommission hoffen, eine einstimmige Lösung zu finden. Die Mitglieder der Reparationskommission seien sich darüber klar, daß ein Bruch der Entente der alliierten Nationen im gegenwärtigen Augenblick um so schädlicher sein würde, als binnen weniger Monate eine viel wichtigere allgemeine Regelung der gegenwärtig zur Debatte stehenden Fragen erwartet werden könne.

In einer zweiten Havasmeldung heißt es: Bei der Reparationskommission war die Lage heute abend genau die gleiche wie heute vormittag. Die Besprechungen wurden fortgesetzt über die verschiedenen Projekte, die von der französischen, britischen, belgischen und italienischen Delegation ausgearbeitet worden waren. In französischen Kreisen zeigt man sich etwas überrascht über die kategorisch von dem britischen Delegierten ausgesprochene Ansicht. Man vermutet jedoch, daß sie ihn nicht übermäßig verpflichtet und daß die Debatte zweckmäßig eingeleitet werden kann.

Entscheidung am Donnerstag.

Paris, 30. August. (W.T.B.) Da die deutschen Vorschläge der Reparationskommission erst heute mittag unterbreitet werden können und die Reparationskommission infolgedessen diese Vorschläge nicht vor Ende des Tages prüfen kann, wird die Reparationskommission wahrscheinlich erst am Donnerstag ihre endgültige Entscheidung treffen.

Der Ministerrat, der am Donnerstag vormittag im Elysee stattfinden sollte, um über die Entschlüsse der Reparationskommission zu beraten, wurde auf Freitag vormittag vertagt.

Amerika ablehnend.

Washington, 30. August. (W.T.B.) Im Weißen Haus wird erklärt, die amerikanische Regierung bleibe in informeller und gleichmäßiger Weise in Fühlung mit den europäischen Angelegenheiten und warte die Zeit ab, da sie formelleren Anteil an der Wiederherstellung der finanziellen Stabilität im Ausland nehmen könne. Harding sei der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, an einer internationalen Konferenz zur Lösung der finanziellen Probleme teilzunehmen. Er habe nicht die Absicht, Hoover in irgendeiner Eigenschaft nach Europa zu schicken, wie vorgeschlagen wurde.

Chefbesprechung der Reichsregierung.

Seit heute morgen 10 Uhr findet in der Reichskanzlei eine Chefbesprechung statt, die sich mit den Einzelheiten der in dem Memorandum an die Reparationskommission festgelegten Lieferungsverträge befaßt. Das Memorandum selbst ist gestern abend nach Paris übermittelt worden. Eine Kabinettsitzung zur Beratung wirtschaftlicher Notmaßnahmen ist noch nicht angefeht worden, soll aber noch vor der Besprechung mit den Parteiführern stattfinden.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

In ihrem Aufruf vom 25. August "An das deutsche Proletariat" hat die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt.

Die jegliche furchtbare Not und die nur zu berechtigte Erregung der Arbeiterklasse nützt die kommunistische Partei aus, um die Arbeiter, Angestellten und Beamten anzuführen - gegen die Gewerkschaften!

Wie schon so oft, erhebt auch dieser kommunistische Aufruf gegen die Leitungen der Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien den blöden Vorwurf, sie hätten sich mit der kapitalistischen Klasse verbündet. Von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften sagt der Aufruf in Beziehung auf ihre der Reichsregierung unterbreiteten Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung, es sei ihnen mit ihrem Vorgehen gar nicht ernst. Sie wollten keinen Kampf (die Kommunisten "kämpfen" ja immerfort), sondern eine "bürgerliche Verständigung der Instanzen unter vier Augen" und deshalb hätten sie "die wertvollen Massen ausgeschaltet". Ebenso sollen die Instanzen auch "ängstlich den Massen druck auf die Regierung ausgeschaltet" haben.

Deshalb fordert der kommunistische Aufruf das deutsche Proletariat auf, sich "entschlossen und mit aller Macht gegen die Instanzen" zu wenden.

Unerbittlicher Kampf gegen die Gewerkschafts- und Parteinstanzen! Nieder mit den Instanzen! - So wird die Aufforderung zum Angriff gegen die Gewerkschaften und ihre gewählten Leitungen mehrfach wiederholt. Wie in Italien die wildgemachten Horden der Reaktion die Gewerkschaftsführer morden, die Gewerkschaftshäuser zerstören und niederbrennen, so sollen jetzt bei uns in Deutschland wohl die durch die Not erregten und verärgerten Massen durch kommunistische Lügen und Phrasen noch mehr aufgepeitscht und zu ähnlichen Taten angezettelt werden. Versuche dieser Art mit ähnlichen Angriffen auf Gewerkschaftsanstalten durch kommunistisch verheißene Elemente müßten wir ja schon früher bereits erleben.

In Italien kämpft so die Reaktion gegen die Arbeiter. In Deutschland aber ruft eine Arbeiterpartei ihre Anhänger zum Kampfe auf gegen Arbeiter.

Oberdrein eine Partei, die fortgesetzt nach der Einheitsfront der Arbeiter schreit und stets auch ihre Freundschaft zu den Gewerkschaften beteuert. Welche elende Heuchelei das ist, zeigt die Zentrale der KPD. deutlich mit diesem neuen Schwelndelirium.

Wir nehmen zu ihm öffentlich das Wort, nicht um mit der kommunistischen Zentrale zu diskutieren - kein ehrlicher Gewerkschafter kann uns das mehr zumuten! -, auch nicht etwa aus Angst und Furcht vor ihren Drohungen - wir sind in vergangenen Zeiten auch vor Drohungen und Drangsalierungen durch viel härtere Mächte nicht zurückgeschreckt! -, sondern lediglich aus dem Grunde, weil wir es für unsere Pflicht halten, die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder auf diesen neuen kommunistischen Skandal aufmerksam zu machen.

Keinen größeren Arbeitererrat kann es geben als den, gerade in dieser schweren Zeit die Mitglieder gegen ihre gewählten Leitungen zu heben, Uneinigkeit und Anfeindungen in der Arbeiter- und Angestelltenchaft zu schüren, wie es die Kommunisten tun.

Das Interesse der gesamten Arbeiterbewegung macht es notwendig, diesen ercrueten kommunistischenerrat öffentlich festzustellen und zu brandmarken.

Berlin, den 29. August 1922.
A.D.B. gez. Th. Leipart. A.F. gez. B. Süß, W. Stähr.

Oesterreichische Gemeinwirtschaft

Von W. Ellenbogen - Wien.

Von Oesterreich spricht man heute in der ganzen Welt als einem zugrunde gehenden Land, was bei einem Dollarkurs von 79 500 (23. August 1922) auch kein Wunder ist. Und es dürfte in Deutschland kaum jemand geben, der vermeinte, man könnte von diesem in der St. Germainer Retorte erzeugten schwindelhaften Staatenhomunkulus auf irgendeinem Gebiete etwas Positives lernen. Aber schon die Geringschätzung ist unbedeutend, mit der die heroischen Bemühungen der Oesterreicher, ihre Wirtschaft in Ordnung zu bringen, behandelt werden, der vielfältige Ausbau der Wasserkräfte (darunter Riesenerwerke wie Spuller See), der mit absolut eigenen Mitteln erfolgt, die Steigerung der Produktion in den Kohlenbergwerken über das Friedensmaß hinaus usw. Buchstäblich mühergültig jedoch sind die oesterreichischen Arbeiter auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft, mühergültig darum, weil sonst in allen Ländern, wenn man die paar gildensozialistischen Versuche in England und Deutschland ausnimmt, die Sozialisierungsbestrebungen ausnahmslos Schiffbruch gelitten haben.

In der Zeit der Koalitionsregierung wurde dazu die Grundlage in den Sozialisierungsgesetzen, vor allem dem Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, geschaffen, und sie gehören mit zu den wertvollsten Errungenschaften der Revolution, die denn auch von der Arbeiterchaft mit Eiferjubel gebütet werden. Das genannte Gesetz stellt zwei neue Typen von Unternehmungsformen auf: die gemeinwirtschaftliche Anstalt und die Gesellschaft (Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung) gemeinwirtschaftlichen Charakters. In der ersteren ist der Staat oder eine andere Gebietskörperschaft der einzige Aktionär. Die Arbeiter des Betriebes und die Konsumenten (worunter auch unter Umständen die Vertreter weiterverarbeitender Betriebe zu verstehen sind) nehmen an der Verwaltung teil. Vom Reingewinn, der in die Kasse der gründenden Gebietskörperschaften fließt, wird ein Teil den Arbeitern für individuelle und allgemeine Zwecke überwiesen. Diese Form unterscheidet sich von der privaten Aktiengesellschaft dadurch, daß der Privatprofit ausgeschaltet ist, von dem Staatsbetrieb dadurch, daß sie ein unbürokratisches, nach kaufmännischen Grundsätzen geführtes Unternehmen darstellt, die der unmittelbaren Angerung des Finanzministeriums wie etwa die Eisenbahnen, die Salinen, das staatliche Münzamt usw. entzogen ist, und bloß von den im Exekutivkomitee sitzenden staatlichen Vertretern mitgeleitet wird, von beiden aber durch die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung und dem Einfluß der Konsumenten auf die Art und den Umfang der Produktion und auf den Preis und die Verteilung des Endproduktes. In solchen Betriebszweigen, wo vorläufig den staatlichen Vertretern die Erfahrung in der Betriebsführung fehlt und die Heranziehung der Vertreter des wohlbewanderten Privatkapitalisten zweckmäßig erscheint, wird dies durch die zweite Form, die Gesellschaft gemeinwirtschaftlichen Charakters ermöglicht, eine Mischform, in der außer dem Staat, dem Land oder der Gemeinde auch das Privatkapital an der Gründung beteiligt ist und dementsprechend auch der Reingewinn sich abteilt.

In allen Formen ist gegen diese gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen von den Privatindustriellen von den bürgerlichen Parteien Sturm gelaufen worden. Kein Argument, und wäre es noch so erlogen, kein Mittel, und war es noch so schimpflich (man denke an die Denunziationen an die Reparationskommission, wohl eine der traurigsten Entartungen bürgerlicher Moral) wurde verschmäht. In Zeitungsartikeln, parlamentarischen Interpellationen und Reden wurden diese Umformungen heruntergemacht, ihre Arbeiterchaft verleumdet, ihr Kredit zu untergraben versucht; die durch die Inflation hervorgerufene Geldknappheit, von deren Folgen wie die Privatunternehmungen auch die gewerkschaftlichen ergriffen werden, bot den Banken als Darlehensgebern die willkommenen Gelegenheiten zu dem Versuch, der verhassten Gemeinwirtschaft den Hals abzuschneiden. Die verlastete Bürokratie half im Sabotieren ihrer staatlichen Verpflichtungen gegenüber der Gemeinwirtschaft mit eifriger Verbissenheit mit. Alles das hat nichts geholfen. Nach dreijähriger unermüdlicher Arbeit steht die oesterreichische Gemeinwirtschaft aufrecht und blühend da. Sie hat sich nach allen Seiten entfaltet, hat hundertfältig Wurzel gefaßt und erfüllt ihre Aufgabe, die Elemente und Methoden der sozialistischen Produktion praktisch zu erarbeiten, in erfreulicher, von Tag zu Tag sich umfassender gestaltender Weise.

Im Rahmen eines Artikels läßt sich der ganze Umfang dieses Tätigkeitsgebietes unmöglich erschöpfend darstellen. Ich verweise daher zur genaueren Orientierung auf die paar einschlägigen Broschüren (Otto Bauer: "Der Weg zum Sozialismus"; Wilhelm Ellenbogen: "Sozialisierung in Oesterreich"; desselben demnächst erscheinende Arbeit: "Die Fortschritte der Gemeinwirtschaft"). Es seien daher kurz nur folgende Daten angeführt.

Von gemeinwirtschaftlichen Anstalten gibt es gegenwärtig in Oesterreich: 1. Vereinigte Schuh- und Lederfabriken vom Staat, der Großkaufgesellschaft für Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Warenverkehrsstelle mit 3 Millionen Kronen Stammkapital gegründet. Sie fabriziert heute über 1000 Paar Schuhe am Tag, bis zu 50 Proz.



**Wittiger als der freie Verkehr, erzielt zuletzt einen Reingewinn von 6,7 Millionen.** Ihre sozialen Leistungen betragen 22,95 Millionen Kronen. Sie ist an einer privaten Schuh- und einer Lederfabrik beteiligt, hat eine eigene Lederwerke A.-G. gemeinwirtschaftlichen Charakters gegründet und betreibt zusammen mit den österreichischen Werken eine Sattlerei, mit den eigenständigen Konsumvereinen das Häutegeschäft. 2. Die Hilfsmittelstelle, vom Staat und dem Wiener Krankenanstaltsfonds mit 1 Million Kronen Stammkapital gebildet, hat inzwischen ihr Stammkapital auf 25 Millionen Kronen erhöht. Sie versorgt die Krankenanstalten und Kasernen mit Arzneimitteln bis zu 50 Proz. unter dem Marktpreis. Sie hat ihren Warenumsatz von 37,4 auf 273,3 Millionen Kronen erhöht und ferner einen Reingewinn von 5,4 Millionen Kronen erzielt. Sie ist bei der Arzneipflanzenunternehmung „Medica“ und an der Fabrik chemisch-pharmazeutischer Produkte „Sanabo“ beteiligt. 3. Die feirischen Fahrzeugwerke, vom Staat, Land Steiermark und Gemeinde Graz gegründet, betreiben Autoreparaturen, Posttransporte, eine Fässer- und eine Fahrradmotorenherstellung. Reingewinn 2,2 Millionen Kronen bei einem Stammkapital von 5,75 Millionen Kronen. 4. Die Wäsche- und Bekleidungs A.-G. Gründer: Staat, Großkaufmannsgesellschaft Landwirtschaftliche Warenverkehrsstelle. Stammkapital 15 Millionen Kronen. Sie hat sich gegenwärtig zur führenden Unternehmung in der österreichischen Textilindustrie entwickelt, hat in der Zeit der ärgsten Krise die stillstehenden Fabriken beschäftigt, sich eine eigene Baumwollweberei geschaffen und versorgt gegenwärtig den Staat und einige Gemeinden, darunter auch Wien, mit Uniformtuchen, und um 20 Proz. billiger als der freie Markt die Arbeiterorganisationen mit Stoffen. Reingewinn 3 1/2 Millionen. 4. Die „Geska“, gemeinwirtschaftliche Siedler- und Baustoffanstalt, vom Staat, Wien und dem Hauptverband für Siedlungswesen mit einem Kapital von gegenwärtig 60 Millionen gebildet, hat sich zu einer der reichsten Einrichtungen für die Siedlungsunternehmungen entwickelt, die sie unabhängig von der Erwerbssphäre der privaten Baumaterialienhändler macht, die bekanntlich zu den vorurteilslosesten Ausbeutern gehören. Sie bringt in das planlose und vielfach unwirtschaftliche Gebaren der Siedlerorganisationen ein geordnetes System des Einkaufs und erspart dem staatlichen und kommunalen Siedlungsfonds jährlich mehrere Hunderte von Millionen, die hierdurch dem besseren Zwecke des Baues weiterer Wohnungen zugeführt werden. Ihr Warenkonto steigt von Monat zu Monat (vom September 1921 bis Mai 1922 um das 220fache). Sie beliefert jetzt auch Städte und städtische Bauten mit Material und beteiligt sich gemeinsam mit den österreichischen Werken an den Wiener Holzwerken, G. m. b. H. gemeinwirtschaftlichen Charakters, in denen sie Bauhilfsarbeiten, Möbel usw. herstellt. 5. Die österreichischen Werke stellen das größte und gewagteste gemeinwirtschaftliche Experiment dar. Im Vorkrieg und Krieg die größte Artilleriewerkstätte der Gesamtmonarchie, ist das „Arsenal“ heute nach Überwindung eines ungeheuerlichen Chaos, das der Zusammenbruch hervorrief, eine große Fabrik von Maschinen, Jagdwaffen, Fuhrwerken, Möbeln usw. Vom Staat allein mit 450 Millionen Kronen gegründet, haben sie schon im ersten Jahr dank der wahrhaft heroischen Leistungen der Leiter und vor allem der Arbeiter trotz der furchtbaren Ungunst der Verhältnisse einen Reingewinn von 55 Millionen erzielt. Sie beschäftigen gegenwärtig 3225 Arbeiter und Angestellte. Zu ihren Bestellern gehört der Staat und eine Anzahl großer und kleiner Gemeinden, die Siedlerbewegung, die Konsumvereine usw. Sie sind an einer ganzen Anzahl von Unternehmungen beteiligt, die sie zum Teil selbst begründet haben, und haben ihre Vertreter in der Verwaltung von Konkurrenzunternehmungen, darunter auch dem von der Berliner AEG. in Betrieb genommenen Wöllersdorf. Die „Dewa“ bildet den größten Triumph der österreichischen Gemeinwirtschaft, da sie mit der giftigsten Feindschaft und der ununterbrochenen Bäharbeit der Privatindustriellen und — Banken zu kämpfen hatte. Die Dewa allein

beweist unwiderleglich die Durchführbarkeit der sozialistischen Produktion. 6. In letzter Zeit ist auch die ehemalige Flugzeugfabrik Fisch am end zu einer gemeinwirtschaftlichen Anstalt umgewandelt worden. Ihr Gründer ist der Staat mit 100 Millionen Aktienkapital, und sie bildet eine Dachgesellschaft mit Zentralwerkstätte, die ihre Anlagen zusammen mit mehreren Privatunternehmungen, mit denen sie eigene Gesellschaften bildet, verwertet. So hat sich dort gegenwärtig eine Wagen- und Gewichte-, eine Prestluch-, eine Motorbootfabrik angegliedert! Eine Glasfabrik ist im Entstehen. Andere Anstalten sind endlich noch 7. die Wasserkraft G. W. A. Blumau und 8. der Holzmarkt. Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters sind die Zinn- und Kupferhütte mit einem Reingewinn von 2 1/2 Millionen Kronen, die Lederwerke, die Wiener Holzwerke, die Chemischen Werke Sollenau. Endlich hat sich eine Organisation im gildensozialistischen Sinne, die Baugilde, gebildet, die die Siedler- und Kleingärtnerorganisationen und Schreiverbände in sich begreift und mit dem „Grundstein“, einer Art Produktivgenossenschaft der Bauhandwerker mit sozialistischem Charakter und der oben genannten „Geska“ in organischer Verbindung steht. Sie umfaßt gegenwärtig 250 000 Mitglieder, verbilligt den Bau von Wohnungen außerordentlich (bis 50 und sogar 75 Proz.) und systemisiert das ganze Wohnungswesen der Siedler. Eine Sozialisierung des Wohnungswesens bereitet sich hier langsam vor, und insbesondere ist das organische Ineinandergreifen der verschiedenen Zweige des Bauwesens (Beschaffung des Urmaterials, Materialhandel, Bauzulassung, Bauorganisation, Bau, Wohnungsvermittlung, Wohnungseinrichtung usw.) von höchster Bedeutung. Ueberblickt man alle diese Tätigkeiten, so ergibt sich, daß eine ganze Reihe von Elementen einer sozialistischen Produktion in der österreichischen Gemeinwirtschaft teils verwirklicht, teils im Aufbau begriffen sind: Ausschaltung des Privatprofits, Verwaltung im Interesse der Allgemeinheit und durch sie, Wahrung der Konsumenteninteressen usw. Die düsteren Prophezeiungen von der Katastrophe, der die Gemeinwirtschaft anheimfallen werde, sind nicht eingetroffen, die bewußte Privatinitiative hat ihren Erfolg gefunden, die Arbeiter lernen industriell zu verwalten und verwalten kluglos und zum größten Vorteil der Unternehmungen mit; die Betriebsdemokratie hat keine Nachteile ergeben, die Gesamtproduktion hat keine Einbuße, sondern eine Steigerung erfahren. Es sind vorläufig keine himmelstürmerischen Resultate, die erzielt wurden, aber das Himmelstürmen hat weder in Rußland noch in Ungarn, noch in Bayern Resultate gezeitigt, die zur Nachahmung reizen. Schlicht und sachlich baut die österreichische Sozialdemokratie am sozialistischen Aufbau, und sie kann ohne Ruhmredigkeit sagen, daß sie mit ihrer systematischen Arbeit mehr Positives der Sozialisierung erreicht hat als irgendeine andere sozialistische Gruppe in der Welt. Die Gemeinwirtschaftsaktion, geführt durch den Zentralverband für Gemeinwirtschaft, ist ein neues wichtiges Glied der proletarischen Massenbewegung geworden.

### Antisemitismus unter Amtverschwiegenheit!

Ein Skandal bei der Breslauer Justiz.

Aus Breslau wird uns geschrieben: Im Frühjahr d. J. betätigte sich ein pensionierter und wegen angeblichen Beamtenmangels unter Außerachtlassung des Ueberalterungsgesetzes auf Privatdienstvertrag angestellter Rechnungsrat Gurtmann bei der hiesigen Anwaltschaft darin, während der Dienststunden eine heftige antisemitische und staatsfeindliche Propaganda unter den übrigen Beamten zu entfalten. Einem Aushilfsangestellten, dem dieses Treiben nicht behagte, bedeutete er, er möge doch anderswo sein Unterkommen suchen. G. äußerte zu dem Angestellten, erst wenn er ein Hafentrag frage, werde er unter die Menschheit aufgenommen werden. Der Unterbeamte, dem dies allmählich zuviel wurde, teilte diese Vorgänge der hiesigen Organisation zur Bekämpfung des Antisemitismus mit. Auf eine von ihr gegen den Rechnungsrat

erhobene Beschwerde erging die Mitteilung, dieser sei wegen seines Verhaltens „gerügt“ worden. Nun aber wandte man sich gegen den Unterbeamten, der den Sachverhalt angezeigt hatte, und erklärte ihm, er habe Dienstgeheimnisse nach außen getragen und werde sich die Folgen zuschreiben haben! Bald darauf erhielt er seine Entlassung für das Monatsende mit dem Bedenken, daß für die von ihm ausführend verwalterte Stelle nunmehr ein etatsmäßiger Beamter einrückte. Dieser etatsmäßige Beamte wurde vom Amtsgericht hergeholt. In seine Stelle wurde wieder eine Arbeitskraft einrückte. Es war also offenbar, daß man den unbehaglichen Anzeiger los sein wollte. Dieser rief nun den Bezirksrichtungs-Ausschuß an, der die fristlose Kündigung für ungerechtfertigt erklärte. Darauf erhielt der Entlassene ein vom Ersten Anwaltschaft unterzeichnetes Schreiben vom 19. August 1922, in dem es heißt:

„Nach dem Spruche des Bezirksrichtungs-Ausschusses vom 31. Juli 1922 — B. S. A. 114/22 —, gegen dessen Anerkennung ich mich indessen verweigere, ist Ihr Einspruch gegen Ihre fristlose Kündigung für gerechtfertigt erklärt worden.“

Vorsorglicher Weise wird Ihnen hiermit die innegehabte Beschäftigung als Kanzleiangestellter der hiesigen Anwaltschaft gemäß § 11 Nr. 5 des Tarifvertrages vom 6. November 1920 und § 626 BGB. aus folgendem wichtigen Grunde fristlos gekündigt:

Sie haben, wie sich nachträglich herausgestellt hat, amtlige Vorkommnisse (zu vergl. Angelegenheit betreffend angebliche antisemitische Propaganda des Rechnungsrats Gurtmann) dem Herrn Rechtsanwalt F. mitgeteilt und sich hierdurch der Verletzung der Amtverschwiegenheit schuldig gemacht und demnach auf Befragen des unterzeichneten Vorstehers Ihrer damaligen Beschäftigungsbehörde die obige Tatsache abgeleugnet, Ihrem Dienstvorgesetzten also wesentlich die Unwahrheit gesagt.

Dieses Schreiben ist in mehrfacher Hinsicht interessant und für unsere Zustände charakteristisch. Einmal wird jetzt ein Grund für die Kündigung angeführt, der vorher längst bekannt war und den anzuführen man sich offenbar zunächst gescheut hatte. Unverständlich ist, wie von „amtlicher“ antisemitischer Propaganda des Rechnungsrats Gurtmann gesprochen werden kann. Der Rechnungsrat hat diese Propaganda selbst zugeben müssen. Geradezu ungeheuerlich wirkt es aber, wenn die Mitteilung des standstilligen Verhaltens des Rechnungsrats als Verletzung der Amtverschwiegenheit frisiert wird. Man könnte daraus fast den Schluß ziehen, als ob zu den amtlichen Obliegenheiten eines preussischen Rechnungsrates auch die antisemitische Propaganda gehöre. Daß der anzeigende Angestellte, als er gefragt wurde, ob er Dritten hiervon Mitteilung gemacht habe, dies zunächst verneint hat — er hat es bald darauf zugegeben —, mag nicht richtig gewesen sein, ist aber durchaus verständlich. Denn er merkte ja sofort, wie der Hofe lief, und brauchte sich nicht sein Grab selbst zu graben. Unter keinen Umständen rechtfertigt diese Ableugnung die sofortige Kündigung.

Der Herr Justizminister am Jehnhoff wird sich ganz anders als bisher betätigen müssen, wenn er diesen unglaublichen Zuständen endlich einmal begegnen will, unter denen unser ganzes Rechtsleben leidet und das Vertrauen zur Justiz immer wieder aufs neue erschüttert wird.

**Laufende Zulagen für Polizeibeamte.** Der Verband der Polizeibeamten Preußens hat an den Minister des Innern eine Eingabe um Gewährung einer laufenden Zulage an die Polizeibeamten zur Behebung des wirtschaftlichen Notstandes der Polizeibeamten und besserer Bewertung ihrer Dienstleistungen gerichtet. In der Eingabe wird im besonderen darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Notlage der hauptsächlichsten Grund der großen Abwanderung innerhalb der Schutzpolizei ist.

**Angst vor den Landjägern haben nicht nur die Banditen, sondern auch — die hohe Rheinlandkommission.** Sie lehnte einen von der preussischen Regierung gestellten Antrag auf mäßige Vermehrung der Landjäger ab, behauptend die Unsicherheit auf dem Lande ab und stellte ihr anheim, lediglich in besonders dringenden Fällen Einzelanträge auf Bewilligung einer neuen Stelle einzureichen.

**Die Remalistenoffensive hat die Griechen zu einem Rückzug gezwungen, den sie nun selbst meiden.**

### Der Brief.

Ein kleiner Roman von Ray Breis.

Mit der ersten Post kam ein Brief ins Bureau der Filmfirma. Er war an die Divo adressiert, und weil die Divo zufällig guter Laune und zufällig auch anwesend war, machte sie den Brief auf und las ihn. Und weil sie über den Brief sehr lachen mußte, lasen ihn alle; und lachten auch. In dem Brief stand:

Hochgeehrtes Fräulein. Habe endlich den Mut gefaßt Ihnen zu schreiben. Ich habe große Lust am Film zu gehen ich bin aber ein armes Mädchen da meine Eltern mir nicht geben können muß ich mir so durch helfen. Ich habe schon so oft gehört das auch schon ganz arme Mädchen am Film an gekommen sind, nun möchte ich es auch gerne versuchen. Am Film habe zu alles Lust. Ich werde mir das wohl alles leichter vor stellen als wie es ist, aber veruch, macht klug. Ich bin 15 Jahre alt hübsch, kräftig, und gesund. Ich denke immer es gibt doch auch gute Menschen die ein helfen, und das denke ich von dem Gnädigen Fräulein auch. Nun möchte ich gerne, das, daß Gnädige Fräulein für mich ein gutes Wort tut, am liebsten möchte ich bei dem Gnädigen Fräulein sein ich habe mir ihnen im Herzen geschloffen.

Nun Gnädiges Fräulein verzeihen sie mir das ich so dreißt bin und mir das erlaube aber ich kan nicht anders. Nun hoffe ich auch recht bald mit freuden Antwort zubekommen. Mit bestem Gruß von einer unbekanntem mit nehmen

A. F.

Als nun der Brief durch das ganze Bureau die Runde gemacht hatte, sagte der Direktor etwas erschauert: „Eigentlich eine Namensschwank für uns. Wenn man die Geschichte richtig aufzieht, und die Pate ist nicht zu mies, könnte man diese Entdeckung und dann den Brief, der ihren Ruhm begründete, an die Presse lancieren. Fräulein Müller, schreiben Sie ihr, sie soll sich vorstellen.“

Die Divo lächelte halb süß, halb sauer, halb wohlwollend, halb geringschuldig und meinte so oben hin: „Ich könnte sie ja immerhin als Mädchen einstellen. Wenn sie ebenso reinlich ist, wie sie dumm ist... man muß sie sehen.“

Der Schauspieler, der an der Bühne den Hamlet spielt, entsetzte sich sehr: „Seht ihr, das ist Film! Ob es ein Frauenzimmer, das so dumm und unfunktioniert ist wie die, wasgen würde, sich dem Theater anzubieten! Aber der Film, der scheint jedem Analphabeten gerade gut genug. Laßt sie kommen, damit ich ihr meine Meinung sage. Ob dieser Film!“ Sprach's und ging an die Kasse und nahm sein Filmpulver in Empfang.

Der Dramaturg, ein ganz überflüssiges Geschöpf, in seinen freien Stunden überdies Igrischer Dichter, wurde pathetisch: „Man soll mit Menschenschicksalen nicht spielen! Wer immer es auch sein

Ich werde das Mädchen herbitten und sehen, ob ich ihr helfen kann.“

Es hat ihr keiner geschrieben. Nur ein Herr aus der kommerziellen Abteilung bestellte sie in sein Privatkontor. Dortin kam sie öfters. Nach acht Tagen schenkte ihr der Herr 200 Mark und verbot ihr, wiederzukommen.

Und sie schrieb langsam und feierlich in ihr mühsam betrieheltes Tagebuch: „Ich habe mir das doch leichter vorgestellt beim Film. Aber Versuch macht klug. Berleicht hält ich nicht schreiben sollen, das ich am Film zu alles Lust habe.“

**673mal so süß wie Zucker.** Die Leuerung und Knappheit des Zuckers ist zu einem öffentlichen Skandal geworden, gegen die sich sogar die Regierung durch leider nur theoretische Bekanntmachungen wendet. Seit dem Weltkrieg ist die Aufmerksamkeit immer mehr auf die künstlichen Süßstoffe gelenkt worden, die zwar keinen Ersatz für einen so wichtigen Nährwert liefern, aber ihn dafür in der Eigenschaft als Süßmittel überbieten. Die Entdeckung der wunderbaren Eigenschaft des Saccharins durch C. Fahlberg und Ira Remsen im Jahre 1878 erregte damals ungeheures Aufsehen, denn es erschien ganz erstaunlich, daß ein winziges, in Wasser aufgelöstes Körnchen eines Laboratoriumsproduktes fast genau denselben Geschmack hervorruft wie die mehrhundertfache Menge Zucker. Später wurden noch andere organische Verbindungen von hohem Süßungsvermögen entdeckt, von denen aber nur das Dulcin praktische Bedeutung erlangte.

Die Süßkraft der künstlichen Süßstoffe ist nun in der Münchener Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie von Theodor Paul und seinen Mitarbeitern eingehend untersucht worden, und über die gewonnenen Ergebnisse berichtet Friedrich Auerbach in den „Naturwissenschaften“. Man nahm bisher als feststehend an, daß gegenüber dem Rohrzucker das Saccharin eine 450fache, das Dulcin eine 250fache Süßkraft habe. Es hat sich aber gezeigt, daß bei einer Konzentration von Saccharin- und Dulcinslösungen sehr verschiedenartige Süßungswerte hervorgerufen. Bei steigender Konzentration der Süßstofflösung wird der Süßungsgrad immer kleiner; dagegen steigt er in verdünnten Süßstofflösungen stark an und erreicht für Saccharin den Maximalwert von 673, für Dulcin von 552. Noch wichtiger dürften die Beobachtungen über das Verhalten von Süßstoffgemischen sein. Es zeigte sich nämlich, daß sich der süße Geschmack von Saccharin oder Dulcin zu dem von Zucker in gemischten Lösungen einfach addiert und daß das gleiche für Gemische von Saccharin und Dulcin untereinander gilt. Während z. B. in einem Liter Wasser die ersten 50 Milligramm Dulcin etwa 18 Gramm Zucker ersetzen, lösen weitere 50 Milligramm Dulcin nur noch wie ein Zusatz von weiteren 9 Gramm Zucker. Werden aber statt der zweiten 50 Milligramm Dulcin 50 Milligramm Saccharin zugefügt, so kommen diese in dem Gemisch mit ihrer vollen Süßkraft von 27 Gramm Zucker zur Geltung. Gemische von Saccharin und Dulcin rufen auch einen angenehmeren, voluminöseren Geschmack hervor als Saccharin allein. Diese Steigerung der Süßkraft durch geeignete Mischungen ist von großer praktischer Wichtigkeit.

Die Notlage des preussischen Volksbüchereiwesens. Seit etwa zwei Jahrzehnten ist in den Großstädten Preußens, dank der wachsenden Einsicht der Gemeindeverwaltungen, das Volksbüchereiwesen über das Stadium literarischer Suppentischen für die geistlich Aermsten immer mehr hinausgewachsen und auch die ländlichen Volksbüchereien haben von dieser Entwicklung Nutzen gezogen. Heute kann man sagen, daß wir den großen Vorsprung, den England und Amerika auf dem Gebiete der volkstümlichen Bücherei vor uns hatten, wenn auch noch lange nicht hinsichtlich der Ausbreitung und der wirtschaftlichen Tragfähigkeit, so doch hinsichtlich seiner organisatorischen und literarischen Qualität eingeholt haben. Von einigen Provinzen abgesehen, die hinter der allgemeinen Entwicklung dreinhinken, ist in Preußen nun die Plattform erreicht, auf der die Volksbüchereien allen Kreisen der Bevölkerung von Stadt und Land wahrhafte literarische Seelsorge und weltanschaulich fundierte Belehrung zu bieten in der Lage ist. Da ist es denn um so verwunderlicher, warum das preussische Kultusministerium immer noch dieselbe Summe für die Förderung des preussischen Volksbüchereiwesens aufwendet, die es schon in den Kriegsjahren in seinem Haushalt sehen hatte, nämlich ganze 150 000 M.! Mit Recht ist bereits in den Jahren vor Beginn der Geldentwertung von Führern des deutschen Volksbüchereiwesens immer wieder darauf hingewiesen worden, wie wenig diese Summe den Pflichten eines so großen Staatswesens angemessen sei. Und damals betrogen die Bücherpreise und Personalkosten den sechszehnten bis hundertsten Teil der heutigen! Es ist hohe Zeit, daß der Preussische Landtag sich einmal um diesen Mißstand kümmert.

„Liebe und Trompetenblasen“, dieses unterhaltsame, pointierte altpreussische Lustspiel von Bachwitz und Sturm, gefiel auch bei seiner 25. Aufführung im Theater in der Kommandantenstraße. Das Hin und Her der Intrige, bei der der Supergescheite überlistet wird, die Verwicklungen und Ueberraschungen, vor allem aber die prächtige Leistung der Darsteller (Hans Junckermann als Charakterkopf des alten Majors, Willy Krüger als Liebhaber und besonders Ebbe Marou und Helene Kottschewka als ebenso hübsch wie pikante Gräfin und Kammerzofe) sicherten den Erfolg.

Der Berliner Volks-Chor veranstaltet am Montag, den 11. und Dienstag, den 12. September, abends 7 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“ Aufführungen von „Prometheus“ von Eschschütz und Mendelssohn „Erster Walpurgisnacht“ unter Mitwirkung des Männerchors „Berche“, des Berliner Volkschors und des Wälder-Orchesters. Karten in der Vorwärts-Buchhandlung.

Das Kelling-Museum im Nicolai-Hause eröffnet das 13. Jahr seiner eintrittsfreien regelmäßigen Donnerstags-Veranstaltungen am 31. August. Prof. Dr. Bernhard Lepsius spricht über „Goethe und Zilli Parisey“, dazu Goethe-Lieder von Bernhard Klein.

Das barockschöne Museum in neuer Ausstattung. Im früheren Berliner Kunstgewerbe-Museum in der Prinz-Albrecht-Straße hat Carl Schuchardt die vorgezeichnete Abteilung, die bisher im Bülchenden-Museum untergebracht war, im ersten Stock neu aufgestellt. Die Eröffnung, die nicht nur der Gesehtenwelt, sondern weitesten Kreisen eine Ueberraschung bringen dürfte, ist für den September zu erwarten.



# Neuer bayerischer Nationalistensturm.

München, 30. August. (T.L.) Seit gestern sind in München große Plakate angebracht, in denen der bayerische Ordnungsbund und die ihm angeschlossenen vaterländischen Verbände mit Bezug auf die Art und Weise des Abschusses der Berliner Ermordungen und auf das Kundgebungsverbot am vergangenen Freitag erklären, daß sie jedes Vertrauen zur derzeitigen bayerischen Regierung verloren hätten. Zugleich hat der Landesauschuss der Bayerischen Mittelpartei (Dnct. und D. Sp.) folgende Kundgebung erlassen: Der Landesauschuss bedauert aufs lebhafteste, daß bei den Verhandlungen über die sogenannten Schutzgesetze die bayerischen Forderungen nicht voll erfüllt worden sind. Die offizielle Berichterstattung der Reichsregierung über die Vereinbarungen ist zudem geeignet, das Vertrauen zu der lokalen Durchführung seitens der unter dem Druck der Straße stehenden Reichsregierung sehr herabzumindern. Der Landesauschuss verurteilt diese Haltung der Reichsregierung aufs schärfste. Undschädbel dieser Bedenken erkennt er jedoch an, daß es nicht möglich war, unter den gegebenen Verhältnissen einwachen mehr zu erreichen, und daß die bayerische Regierung und die bayerische Nationalität um dieser Verhältnisse willen einen Bruch mit der Reichsregierung nicht verantworten könnten. Er spricht deshalb der Führung der Mittelpartei Dank und Vertrauen aus und erwartet, daß sie den sehr erst recht beginnenden Kampf gegen die verfassungswidrigen Schutzgesetze und für Wahrung der bayerischen Hoheitsrechte zielbewußt fortsetzt.

Nachdem die bayerischen Rechtsradikalen eben erst versucht haben, durch den Druck der Straße, durch bewaffnete Demonstrationen, durch Eindringen nationalitätlicher Wühlerhaufen in den Landtag usw. die bayerische Regierung zum Bruch mit dem Reich zu zwingen, bedeutet es eine Unversöhnlichkeit ersten Ranges, wenn die Bayerische Mittelpartei in ihrer Erklärung von einer „unter dem Druck der Straße stehenden Reichsregierung“ spricht. Diese Beschimpfung gibt gleich Gelegenheit, einmal praktisch zu erproben, ob nun das Schutzgesetz für die Republik in Bayern auch wirklich gilt.

## Oberschlesiens Entscheidung.

### Die Parteien für ein Verbleiben bei Preußen.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, erlassen das ober-schlesische Zentrum, die Sozialdemokratische, die Demokratische, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei gemeinsam einen Aufruf, in dem sie ihre Anhänger auffordern, bei der Abstimmung am 30. September für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen.

Was die „Rote Fahne“ alles erfindet. Die „Rote Fahne“ meldet, daß der Oberpräsident der Provinz Hannover, Roske, das vom Landrat des Kreises Uster erlassene Verbot des Jung-deutschen Ordens aufgehoben habe. Nach dem Schutzgesetz kann nur der Oberpräsident verbieten. Was hat der Landrat von Uster gar kein Verbot erlassen. Gugen Roske aber schwebt beim Staatsgerichtshof eine Klage des Jungdeutschen Ordens aus Nordheim wegen eines durch ihn erfolgten Verbots.

## Der Dollar steigt wieder.

Nachdem gestern in Berlin der Dollar zeitweise bis auf 1150 zurückgegangen war, setzte sich heute die Abwärtsbewegung der Devisenkurse auf der ganzen Linie weiter fort, zumal New York einen Markkurs von 0,084 meldete. Der Dollar wurde im Vormittagsverkehr zwischen den Banken mit 1100—1150 gehandelt. Im offiziellen Verkehr an der Börse trat jedoch ein bemerkenswerter Umschwung ein. Die Hoffnungen auf eine durchgreifende Erholung der Mark wurden durch die amerikanische Meldung zerstört, daß Präsident Harding geäußert habe, die Zeit für eine Teilnahme Amerikas an einer Konferenz zur Lösung der finanziellen Probleme Europas sei noch nicht gekommen. Außerdem wirkten die Gerüchte über eine weitere Verschleppung der Entscheidung in Paris verstimmend. Der Dollar stieg im Laufe der ersten Börsestunden bereits wieder auf 1550.

Auf die Effektenkurse machte dieser Umschwung zunächst nur insofern Eindruck, als eine erneute stürmische Haufe in Auslandswerten, vor allem in türkischen und ungarischen Anleihen, einsetzte. Goldanlagen liegen wieder um 1000 Proz.; von den heimischen Effekten folgten nur hiesiger Bergbau dieser Tendenz. Diese stiegen auf Käufe einer hiesigen Großbank bis auf 7800. Im übrigen lagen aber die inländischen Industriepapiere eher schwächer. Die Ursache ist in den anhaltenden Schwierigkeiten am Geldmarkt und vielleicht auch in den wenig befriedigenden Ergebnissen der Leipziger Messe zu suchen.

## Ermäßigung der Margarinepreise.

Berlin, 30. August. (W.T.B.) Der Margarineverband teilt mit: Gegenüber verschiedenen Hinweisen auf die in den letzten Tagen sehr stark verteuerte Margarine wird mitgeteilt, daß gestern mittag bereits die Fabriken beschlossene haben, entsprechend der Abwärtsbewegung des Dollars, den Preis für die billigste Qualität auf 178 M. (bisher 240 M.) herabzusetzen.

Auch nach dieser Herabsetzung sind die Margarinepreise hoch genug, daß sich die für Preisüberwachung zuständigen Behörden mit ihnen beschäftigen sollten.

## Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

|                              | 30. August          |                        | 29. August          |                        |
|------------------------------|---------------------|------------------------|---------------------|------------------------|
|                              | Käufer (Gold-) Kurs | Verkäufer (Weil-) Kurs | Käufer (Gold-) Kurs | Verkäufer (Weil-) Kurs |
| 100 holländische Gulden      | 60124.55            | 60575.65               | 55430.00            | 55569.40               |
| 1 argentinischer Papier-Peso | 554.30              | 555.70                 | 512.35              | 513.05                 |
| 100 belgische Franc          | 11355.75            | 11414.25               | 10536.80            | 10563.20               |
| 100 norwegische Kronen       | 25767.75            | 25882.25               | 23970.85            | 23729.65               |
| 100 dänische Kronen          | 82159.35            | 82540.65               | 80092.35            | 80187.65               |
| 100 schwedische Kronen       | 39050.—             | 40050.—                | 37053.00            | 37146.40               |
| 100 finnische Mark           | 8295.85             | 3304.15                | 2996.25             | 3003.75                |
| 1 japanischer Yen            | —                   | —                      | 894.10              | 895.90                 |
| 100 italienische Lire        | 6841.40             | 6858.60                | 6242.15             | 6257.85                |
| 1 Pfund Sterling             | 6916.30             | 6933.70                | 6342.05             | 6357.95                |
| 1 Dollar                     | 1548.00             | 1551.94                | 1423.21             | 1426.79                |
| 100 französische Franc       | 11685.—             | 12015.—                | 11286.35            | 11314.15               |
| 1 brasilianischer Milreis    | —                   | —                      | 192.75              | 193.25                 |
| 100 Schweizer Franc          | —                   | —                      | 27815.15            | 27834.85               |
| 100 spanische Pesetas        | —                   | —                      | 22696.55            | 22733.45               |
| 100 österr. Kronen (abgest.) | 1.98                | 2.02                   | 1.951/2             | 1.991/2                |
| 100 tschechische Kronen      | 5088.60             | 5106.40                | 4604.10             | 4705.90                |
| 100 ungarische Kronen        | 74.90               | 75.10                  | 78.40               | 78.00                  |
| 100 bulgarische Letwa        | 848.90              | 851.10                 | 808.95              | 811.05                 |

# Was ist Friedensmiete?

Man scheidet uns:

In Mietkreisen sind Zweifel entstanden, ob die gesetzliche Miete, die nach dem Reichsmietengesetz auch sämtliche Groß-Berliner Hausbesitzer beantragt haben, sich auf dem am 1. Juli 1914 gezahlten oder auf dem nach diesem Termin durch besondere Anträge und mit Hilfe von Bauverfahren erhöhten Grundmiete aufbauen soll. Bekanntlich war diese Erhöhung, zu der die Höchstmietenerhöhung formell berechtigt, eigentlich nur ein Geschäftskniff, um dauernd größere Einnahmen zu erzielen. Es war merkwürdig, daß mit einem Male die überwiegende Mehrzahl der Hausbesitzer behauptete, die am 1. Juli gezahlte Miete habe den ortsüblichen Sätzen nicht entsprochen. Dieser Behauptung sind die Sachverständigen und die Mieteinigungsämter fast immer gefolgt. Das machte sich noch nicht so bemerkbar bei den Zuschlägen bis zu 120 Proz., fällt aber demnach bei der Erhöhung auf das 4/5fache der Friedensmiete (Grundmiete) erheblicher ins Gewicht. Viele Mieter sind nun der Ansicht, es liege im Geiste des Reichsmietengesetzes, daß nur das als Friedensmiete gelten soll, was am 1. Juli 1914 oder bei einem späteren Zugangstermin, abgesehen von den fortlaufend gestiegenen Prozentzuschlägen, noch nicht von Verordnungen über das Mietnotrecht erfährt war. Dieser grundsätzlichen Anschauung kann man gewiß zustimmen. Die Erhöhung der Friedensmiete über den Stand vom 1. Juli 1914 hinaus infolge Abweichens von dem damaligen ortsüblichen Satz „in außer-gewöhnlichem Umfange“ ist aber auch in § 2 des Reichsmietengesetzes vorsehene, und zwar auch für Gebäude, die nach dem 1. Juli 1914 bezugsfertig geworden oder in erheblicher Weise verändert sind. Demnach ist die Berechnung der gesetzlichen Miete wohl zweifellos die erhöhte Friedensmiete, soweit diese Erhöhung durch Festsetzung des Mieteinigungsamtes schon erfolgt, zugrunde zu legen. Verwirrung hat in dieser Frage der vom Ullstein-Verlag herausgegebene Kommentar zum Reichsmietengesetz gestiftet, welcher besagt: „Auch wenn die Friedensmiete auf Antrag des Vermieters von dem Mieteinigungsamt nachgeprüft und neu festgesetzt worden war, muß immer wieder von der Friedensmiete ausgegangen werden.“ Das ist — für die Mieter leider! — falsch. Der örtliche Mietzins ist im Einzelfalle lediglich durch Vergleich mit dem Mietzins zu ermitteln, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Zeit in der Gemeinde für gleichartige Räume vereinbart war.

## Eröffnung der Gartenbau-Ausstellung.

Die von der jetzt hundertjährigen Deutschen Gartenbau-Gesellschaft veranstaltete Jubiläumsausstellung im Park Bellevue wurde am heutigen Vormittag mit einer Feier eröffnet. An ihr nahmen Vertreter von Behörden des Reiches, des Staates und der Stadt und von vielen Fachvereinen teil; der Reichspräsident war durch dringende Arbeiten verhindert zu erscheinen.

Auf einem Rosenplatz, der von prächtigen Buchen umrahmt ist, versammelten sich die geladenen Gäste. Ein Liedervortrag des Berliner Lehrerschulvereins eröffnete die Feier. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Gesellschaft, Dekonomierat Braun, der auf den Zweck der Ausstellung hinwies und dankbar über die behördlichen Unterstützung gedachte, nahm der Reichsernährungsminister Fehr das Wort. Er hob die doppelte Aufgabe des Gartenbaues hervor, der Nahrung beschaffen und Naturfreude bereitzustellen soll. In der Ausstellung werde gezeigt, wie das Nützliche mit dem Schönen sich vereinigen kann. Der Erwerbepartner wie der Gartenfreund solle hier Belehrung und Anregung finden. Eine besondere Freude sei es, daß auch die Abergärtner der Laubkolonien die Ausstellung besichtigt haben. Minister Fehr begrüßte das Werk dieser Gartenbauausstellung als eine „Pionierarbeit“. Mit einem Hoch auf die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft eröffnete er die Ausstellung. Dann machten die Teilnehmer der Feier einen Rundgang durch den Park, um die Ausstellung zu besichtigen. Einen Bericht über eine schon gestern von uns vorgenommene Besichtigung haben wir in der heutigen Morgenausgabe gebracht.

## Bluttat eines Schupobeamten.

### Ein Mann erschossen, zwei erheblich verletzt.

Der Nordbereitschaftsdienst der Berliner Kriminalpolizei wurde in der vergangenen Nacht nach dem Grundstück Hauptstr. 15 zu Schöneberg gerufen. Hier wurde der dort wohnhafte 59 Jahre alte Maurerpolier Hermann Puhlmann erschossen aufgefunden.

Es wurde festgestellt, daß diese schwere Bluttat mit einer zweiten im Zusammenhang steht, die sich eine Viertel Stunde später in der Nähe gelegenen Vorbergstraße abgespielt hatte. Puhlmann wurde wenige Minuten vor elf Uhr auf dem Hofe des Grundstücks Hauptstr. 15 mit einer Schußwunde in der Brust tot aufgefunden. Eine Viertel Stunde später wurden der 33 Jahre alte Gewerkschaftsbeamte Fritj Saar aus der Pappelallee 12 und der 39 Jahre alte Hotelangestellte Bertha Pöschl aus der Verleberger Str. 5, als sie aus einer Gewerkschaftsversammlung kommend, die Vorbergstraße entlang gingen, von einem Manne mit geladener Pistole angefallen. Dieser Mann setzte ihnen die Waffe auf die Brust mit den Worten: „Geld oder Leben“ und gab dann auch sofort zwei Schüsse ab. Eine Kugel traf den Gewerkschaftsbeamten Saar am rechten Hüftgelenk, die Pöschl am Rehtopf. Der Täter konnte gleich darauf festgenommen werden. Er wurde nach der Wache des 84. Polizeiregiments gebracht, wo er als ein Oberwachmeister der Schutzpolizei Maag festgestellt wurde. Bei ihm fand sich noch die Pistole, aus der drei Schüsse abgegeben worden waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er nicht nur den Anschlag auf den Gewerkschaftsbeamten Saar und die Hotelangestellte Pöschl, sondern auch die Bluttat in der Hauptstraße verübt hat. Der Verhaftete wurde nach in der Nacht von den Kriminalkommissaren vernommen. Von seinen Schicksalen behauptet er nichts zu wissen. Wie er ansetzt, hatte er mit Bekannten in Zivilkleidern an einer Geburtstagsfeier teilgenommen und mehrere Lokale aufgesucht, sich aber schon um 9 Uhr abends von seinen Bekannten getrennt. Im weiteren Verhör verweigerte er sich aber ständig in Widersprüche. Seine Vernehmung mußte daher zunächst abgebrochen werden. Die Leiche Puhlmanns, der, wie die Untersuchung ergab, einen Herzschuß erlitten hatte und auf der Stelle verschieden sein muß, wurde beschlagnahmt und nach der Leichenhalle gebracht. Saar und die Pöschl wurden nach Anlegung von Notverbanden wegen der Schwere der Verletzungen nach dem Augusto-Viktoria-Krankenhaus übergeführt.

## Die Wasserabsperrungen.

Der Magistrat hatte Januar dieses Jahres, wie seinerzeit von uns berichtet, beschlossen, das Wasser wegen Nichtbezahlung des städtischen Wassergeldes nicht mehr abzusperrn. Die Erfahrungen, die mit diesem Beschluß gemacht worden sind, haben aber ergeben, daß die Zahl der Rückstände sich ganz erheblich vergrößert hat, so daß nach Meinung des Magistrats eine ernste Gefahr für die Wasserabsperrung entstehen kann. Im Januar betrug die Zahl der wegen Nichtzahlung des Wassergeldes beantragten Zahlungsbefehle 17, im Juni war sie bereits auf 170 angewachsen, und zwar nur für den Bezirk Mi-Berlin. Der Magistrat hat sich infolgedessen erneut mit dieser Frage beschäftigt und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß in Zukunft auf das Mittel des Wasserabsperrens nicht verzichtet werden könne. Die Verwaltung der Wasserwerke müsse nach wie

vor in der Lage sein, künftigen Zahlern die Wasserabsperrung auszudrohen. Zur Ausführung der Absperrung soll jedoch jedesmal ein besonderer Beschluß des Magistrats herbeigeführt werden. — Da vom 1. Oktober ab das Wassergeld von den Mietern zu zahlen ist, werden sie die rechtzeitige Abführung dieser Beträge vom Hausbesitzer in jedem Falle zu fordern haben, um von einer Maßnahme verschont zu bleiben, die durchaus nicht in ihrem Interesse liegt.

## Aus den besten Kreisen.

### Chemänner, die von der Schande ihrer Frau leben.

Zwei Bilder großer sittlicher Verderbnis entrollten zwei Verhandlungen vor der Ferienkammer beim Landgericht I, in denen Ehemänner als Zuhälter ihrer eigenen Frauen angeklagt waren. In beiden Fällen waren es Leute, die den sogenannten „besten“ Kreisen entstammten und eine gute Erziehung genossen hatten.

Ein Angeklagter, der angehende Ingenieur Hans Stapelfeld, hatte eine Angehörige der Berliner Lebenswelt geheiratet, die Stammmutter des „Palais de Danse“ war und dort unter dem Namen „Schwarze Lu“ zahlreiche Verehrer und Freunde besaß. Bald nach der Ehe beschwerten sich die anderen „Palais-Damen“ bei der Sittenpolizei, daß die junge Ehefrau ihnen sozusagen „unlautere Konkurrenz“ mache. Nach ihren Angaben ginge sie nach wie vor auf den Männerfang aus, wobei ihr gefälliger Ehemann ihr das größte Entgegenkommen zeige. Die Beobachtungen der Sittenpolizei führten dann dazu, daß Stapelfeld wegen schwerer Zuhälterei verhaftet und angeklagt wurde. Stapelfeld bestritt aber, aus dem Ertrag der Liebesaffären seiner Frau seinen Lebensunterhalt gehabt zu haben und behauptete, daß er durch Zigaretten-, Fez- und Juwelengeschäfte monatlich 15 000 Mark verdiene und ein Vermögen von 70 000 Mark besitze habe. Aus dem beschlagnahmten „Kontobuch“, das die fürstliche Gattin geführt hatte, ergab sich jedoch, daß sie das Palais täglich besuchte und sich täglicher Einnahmen von 3—5 000 Mark erfreut habe. Das Gericht war der Meinung, daß der Angeklagte hierin seinen großen Aufwand, zu dem seine Einnahmen nicht ausreichten, zum Teil bestritten habe. Es befahl es aber bei der verhältnismäßig milden Strafe von 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. — Der zweite Fall der Klage wegen schwerer Zuhälterei betraf einen gewissen v. Matoull, der angeblich früher Verehrer gewesen sein zu wollen, aber niemals einer ordentlichen Beschäftigung nachgegangen war. Er hatte ein Mädchen kennen gelernt, das ein Verhältnis mit einem Leutnantsrat hatte. Als dieser nach Italien ging, veranlaßte er das Mädchen, von dem Leutnantsrat eine Abfindungssumme zu verlangen und heiratete sie dann. Die Ehe besteht seit 15 Jahren. Nach Angaben der Frau soll v. M. sie aber vom ersten Tage der Ehe ab durch Drohungen und Schläge gezwungen haben, der Unzucht nachzugehen. Aus Angst vor den Gewaltthaten ihres Mannes will sie das alles 15 Jahre geduldet haben. Er soll sie sogar, wie sie behauptet, eines Nachts, als sie noch von einer Unterleibsoperation kaum geheilte Schnittwunden hatte, bei eisiger Kälte aus dem Bett heraus auf die Straße durch Schläge hinausgeworfen haben. Einem Tages erfuhr nun die Ehefrau, daß das Geld, das sie herbeischaffen mußte, von ihrem sauberen Ehemann mit einem anderen Mädchen verprakt wurde. Sie erstickte darauf Anzeige. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 5 Jahre Gefängnis. Die Verteidiger Dr. Schmidt und Dr. Mendel machten geltend, daß die Strafe nicht hoch genug sein könnte, wenn die Angaben auf Wahrheit beruhten, aber man müsse doch dem Zweifel Raum geben, wenn die Frau 15 Jahre lang all das stillschweigend getragen haben will, und außerdem spreche aus ihrer Aussage doch, daß sie aus Eifersucht und Rache übertreibe. Das Gericht kam zu einem Urteil von 2 Jahren Gefängnis.

## Gattenmord oder Notwehrakt?

In der vergangenen Nacht, kurz vor 3 Uhr, erschloß die 47 Jahre alte Ehefrau Clara Weiler ihren 54 Jahre alten Ehemann Max in ihrer gemeinschaftlichen Wohnung Invalidenstr. 106. Mit der entschlossenen Waffe in der Hand bog sie sich darauf zu dem Verletzten, dessen auf der Erde der Schuss und Invalidentraße und teilte diesem mit, daß sie seinen Mann erschossen habe. Der Beamte des zuständigen Polizeireviere begab sich unverzüglich nach der Wohnung der Frau und hier wurde ihr Mann entleibt tot im Bett liegend aufgefunden. Er war durch einen Schuß in das rechte Auge getötet worden. Die Kugel ist im Kopfe stecken geblieben. Wie Frau Weiler angibt, kam dieser, wie meistens auch in der vergangenen Nacht erst kurz vor 1 Uhr stark ange-trunken nach Hause. Er habe sofort wieder Streit angefangen und sie auch mißhandelt. Schließlich habe er sogar zur Pistole gegriffen und sie damit bedroht. Sie habe nun versucht, ihm die Waffe zu entreißen, dabei sei der Schuß losgegangen und habe ihren Mann getroffen. Die im Hause und der Nachbarschaft angestellten Ermittlungen ergaben, daß es zwischen den Eheleuten Weiler tatsächlich sehr oft zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist. Es wurde auch bestätigt, daß Frau Weiler, eine arbeitame Frau, wiederholt von ihrem Manne, der dem Trunke ergeben war, schwer mißhandelt worden ist. Die Darstellungen der Frau, daß sie auch in der letzten Nacht wieder von ihrem Manne bedroht worden ist, scheinen daher auf Wahrheit zu beruhen. Sie wurde jedoch bis zur völligen Klärung des Sachverhaltes unter dem dringenden Verdacht des Gattenmordes in das Polizeipräsidium eingeliefert.

Lehrer und Lehrkräfte — festangestellte, diätarisch beschäftigte und gefähligte, die an den weltlichen Schulen am Bedding zu arbeiten bereit sind, treffen sich zu einer wichtigen Besprechung am Donnerstag, den 31. d. Mts., abends 7 Uhr, in der Aula der 295. Gemeindefchule, N 89, Tegeler Straße 18/20. Die bedeutende Anzahl der zum 1. Oktober zu errichtenden Schulen bedingt einen großen Bedarf an Lehrkräften. Die Bildung homogener Kollegien ist eine Voraussetzung für ge-dehliche Arbeit.

Ein rätselhafter Ueberfall ereignete sich heute nacht zwischen 3 und 4 Uhr vor dem Hause Graefestr. 6. Die ledige Martha Zimmermann, Graefestr. 7, und die Frau Anna Treibe, Bankstr. 55, wurden vor dem Hause überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Beide wurden nach dem Urbanfrontenhaus geschafft. Auf dem Wege dorthin starb die J., während Frau T. nach Anlegung eines Notverbandes in ihrer Wohnung geschafft werden konnte. Frau T. ist durch den Ueberfall so benommen, daß sie über die Verlesn der Täter keinerlei Angaben machen kann.

Ein Hamburger Dampfer in der Ostsee gesunken. Der Hamburger Dampfer „Margarete“ mit Ladung von Kopenhagen nach Warnemünde unterwegs, ist unweit Gedder gesunken. Bei dem schweren Wetter am Sonnabend halte das Schiff das Ruder verloren und wurde völlig manövrierunfähig. Der Dampfer „Sagu“ aus Bremen eilte auf die Notsignale zu Hilfe. Nach fünfmaligem Versuch gelang es, das haarierte Schiff, das nach Kiel geschleppt werden sollte, ins Schlepptau zu nehmen. Die „Margarete“ wurde jedoch leck, bekam stark Backbordbeschädigung und sank. Die Mannschaft konnte nur das nackte Leben retten. Sie wurde von dem Kruppdamper in Hostenau gelandet und ist von dort nach Hamburg gefahren.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, in den Tagesstunden kaum bei mäßigen südlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

6. Kreis, Friedrichshagen. Donnerstag, den 31. August, abends 7 Uhr, in der Schule Veltreuburger Straße 4, Zimmer 6, Vollversammlung der Ortsgruppe und freier Schulgemeinschaft. Thema: „Der Aufbau des Berliner Schulwesens.“ Jeder Genosse muß vertreten sein.



# Gewerkschaftsbewegung

## Werktstudenten oder Streikbrecher?

Am letzten Donnerstag brachte das Hochschulblatt der „Frankfurter Zeitung“ eine Notiz unter dem Titel: „Unsoziales aus sozialistischen Kreisen.“ Die Notiz beschwerte sich darüber, daß die freigewerkschaftlichen Eisenbahner beim Reichsverkehrsministerium gegen die Zulassung von armen Studenten zum Fernstudium bei der Eisenbahn Protest erhoben haben. Die Notiz betont, das sei ein merkwürdiges Verhalten der sozialistischen Arbeiter gegenüber den Bestrebungen des Werkstudententums.

Wie liegen die Dinge? Die freigewerkschaftlichen Eisenbahner haben durchaus nichts gegen den Gedanken des Werkstudententums. Im Gegenteil. Die Gewerkschaften stehen den Werkstudenten durchaus nicht ablehnend gegenüber, wie das ja auch im vorigen Jahr auf der Tagung in Erlangen in den Worten des Vertreters der Gewerkschaften deutlich zum Ausdruck kam. Würde es sich nur um eine Beschäftigung von Werkstudenten bei der Eisenbahn handeln, dann hätten die Arbeiter keine Schwierigkeiten gemacht. Es handelt sich aber nicht um Werkstudenten, sondern um den Versuch, Streikbrecher heranzubilden. Der Sinn des Erlasses des Reichsverkehrsministeriums wurde in der Praxis völlig ins Gegenteil verkehrt. Und dagegen wandten sich die Eisenbahner. Die Praxis zeigte eine Reihe von Fällen, wo Studenten bald auf der Maschine, bald in den Büros, bald in den Stellwerken beschäftigt wurden, auch wenn für die Studenten an den betreffenden Orten durchaus nichts zu tun war. Die Studenten leisteten an diesen Orten keine produktive Arbeit, sie waren da völlig überflüssig. Diese unproduktive Verwendung hatte nur den einen Sinn, sie für verschiedene wichtige Funktionen anzulernen, um sie gelegentlich als Streikbrecher verwenden zu können. Der Reichsverkehrsminister hat das sicherlich nicht mit seinem Erlass beabsichtigt. Allein die freigewerkschaftlichen Eisenbahner wissen längst, daß Grüner denkt und die Amtsoberstände lenken.

Der Vorwurf im Hochschulblatt der „Frankfurter Zeitung“, die freigewerkschaftlichen Eisenbahner verleugneten die Gedankengänge des Sozialismus, geht also völlig den Boden.

## Lohnbewegung der Hilfskräfte beim Magistrat.

Die dem 23. angehenden Hilfskräfte des Magistrats nahmen am Dienstag Stellung zu dem Ergebnis der Verhandlungen. Referent war Alfred Krüger. Von der Verhandlungskommission wurden für die Gruppen Ba, Bb, Bc, B4 und Bc folgende Gehaltsätze gefordert:

8750, 8000, 9200, 9400 und 9600 M. Außerdem wurde bei gleicher Leistung gleiche Bezahlung für männliche und weibliche Arbeitskraft verlangt. Das Angebot der Magistratsvertreter war in derselben Reihenfolge 7400 (nach 3 Jahren 7475), 7700 (7775), 8000 (8075), 8500 (8575), 9000 (9075). Bezahlung weiblicher Hilfskräfte nach den bisherigen Grundsätzen, d. h. in den Gruppen Ba und Bb: 60, Bc und B4: 65 und Bc: 100 Proz. der männlichen Sätze. Weibliche für Kinder bis zum vollendeten 6. Jahre 810, bis zum 14. Jahre 1012,50 und bis zum 21. Jahre 1215 M.

Wir haben — so führte der Referent weiter aus — dieses Angebot ablehnen und die Verhandlungen als gescheitert erklären müssen. Was wir verlangen ist eine Gleichstellung unserer Lohnbedingungen mit denen in Reichs- und Staatsbetrieben geltenden, die bei gleichen Leistungen entschieden günstiger sind, weil den Angestellten Berufsruhe und Lebensalter angerechnet und bessere Aufstiegsmöglichkeiten gewährt werden. Die Magistratsvertreter haben aber mitgeteilt, über das Angebot nicht hinausgehen zu können.

Angehts dieser Sache haben wir uns an das Reichsarbeitsministerium gewandt und um einen Schiedsspruch gebeten. Darauf wurde uns von dieser Stelle aus mitgeteilt, daß der Magistratsvertreter Dr. Volkbrach dort erklärt habe, die Verhandlungen wären nicht gescheitert, sondern würden fortgesetzt. Deshalb müsse unser Antrag abgelehnt werden. Hierauf haben wir den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. Aber auch hier habe Dr. Volkbrach mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch fortgesetzt würden. Es scheint also eine Verzögerung der Verhandlungen gewünscht zu werden. Am Sonntagabend ist Termin vor dem Schlichtungsausschuß angesetzt worden. Sollte die Entscheidung nicht das gewähren, was wir zum Leben notwendig brauchen, so werden wir über weitere Schritte beschließen müssen. Inzwischen hat der Magistrat beschlossen, die angebotenen Gehaltsätze zur Auszahlung zu bringen, was teilweise auch bereits geschehen ist.

Nach der Aussprache wurde bei der Abstimmung das Angebot einstimmig abgelehnt und der Verhandlungskommission ebenso einstimmig volles Vertrauen ausgesprochen.

Ferner fand eine Resolution einstimmig Annahme, in der energisch gegen das „eigenmächtige Vorgehen des Magistrats“ bei den Verhandlungen über die Augustlöhne protestiert und das „zweideutige, unpolare Verhalten“ Dr. Volkbrachs verurteilt wird. Ferner sprechen die Versammelten in der Resolution die Erwartung aus, daß der Magistrat zukünftig der ungeheuren Kosten der nicht-ständigen Angestellten Rechnung tragen werde.

## Lohnforderungen der Buchbinder.

Die Buchbinder beschäftigten sich in einer Versammlung, die am Dienstag nachmittag in den „Kammerläden“ stattfand, mit den Lohnverhältnissen in ihrem Gewerbe. Es ergab sich, daß die Unternehmer bereit seien, die für September bewilligten Lohnsätze bereits in dieser Woche zu zahlen. Da jedoch auch diese Lohnsätze bei der fortschreitenden Teuerung als zu niedrig bezeichnet werden müssen, werden in den demnächst stattfindenden neuen Lohnverhandlungen höhere Löhne gefordert werden. Die Diskussion, die sich an die Ausführungen des Referenten angeschlossen, bewegte sich auf erfreulich hohem Niveau. Allgemein wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die wachsende Teuerung nicht mehr nur mit dem gewerkschaftlichen Mittel der Lohnherhöhung zu bekämpfen sei. Die Bekämpfung der Teuerung müsse vielmehr als eine politische Frage betrachtet werden. Die Kosten des Verkaufers Betrages seien, so führte einer der Redner aus, auf die Schultern der Arbeiterschaft abgewälzt worden. Und das Kompromiß mit Frankreich werde wiederum auf Kosten der Arbeitnehmers zustande kommen. Was in der gegenwärtigen Situation zu tun sei, ergab sich aus den Vorschlägen, die die Gewerkschaften der Reichsregierung zur augenblicklichen Lage gemacht haben. In erster Linie seien Maßnahmen gegen die katastrophale Unterwerfung der Markt, gegen Kapitalverdrängung und Steuerhinterziehung notwendig. „Die Gewerkschaften“, sagte ein anderer Redner, „sind der Bremsstoß auf unserem Wege in den Abgrund.“

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Die Lehren des letzten Streiks“, sprach Rau. Durch den Reichsarbeitsrat sei mit Zustimmung der provinzialen Verbandsvertreter die 48stündige Arbeitswoche eingeführt worden. Für die Zukunft müsse die Parole „Los vom Reichsarbeitsrat“ lauten. Alles müsse daran angeknüpft werden, die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu erreichen.

## Zum Streik der Metallschleifer.

In der Brancherversammlung der Metallschleifer und Galvanisierer am Dienstag in den Sophiensälen gab Doft einen Ueberblick über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bezüglich der hygienischen Forderungen erwähnte er, daß man schon seit 1903 Ventilatoren fordere. Nach dem Kriege zeigte es sich, daß auf diesem Gebiete sehr viel gesündigt worden ist. Sogar große Betriebe lassen oft diese notwendige Einrichtung vermessen. Die Lohnverhältnisse sind traurig. Die Schleifer verdienen im August 40 bis 75 M. die Stunde, das ist eine Spanne von 35 M. Bei den Arbeiterinnen ist der Kontrast geringer. Man glaube immer, daß die Lohnverhältnisse der Branche einigermassen leidlich seien. Die statistischen Erhebungen ergaben ein anderes Bild. Es müsse daher Aufgabe der Mittelländer sein, alles zu organisieren, um sich den Arbeitgebern gegenüber besser durchsetzen zu können. Darauf berichtete Henkel über den Streik in den Kundenbetrieben. Das Angebot der Unternehmer war: Metallschleifer 7,50 M. pro Stunde Zulage und Galvanisierer 6,50 M. Das bedeutet zugleich eine Verplünderung der Branche. Der Akkorddienst soll, wenn er unter 2300 M. ist, um 7 M. pro Stunde erhöht werden und wenn über 2300 M., soll der Stundenlohn um 3,50 M. erhöht werden. Dieses Angebot wurde abgelehnt. Bei der letzten Verhandlung wurde geboten: im Akkord durchschnittlich 15 Proz. Zulage. Auch das wurde abgelehnt. Redner gab dann noch den Schiedsspruch für die Metallindustrie bekannt. Die 48stündige Arbeitswoche soll eingeführt werden, was die Versammlung mit starker Enthusiasmus entgegennahm. Die Forderung von 40 M. ist um 30 Proz. gekürzt worden.

In der Diskussion wurde verlangt, besser auf dem Posten zu sein. Der Streik in den Kundenbetrieben sei die Feuerprobe für die gesamte Branche. Die Sammelstellen für die Streikenden müßten gut gezeichnet werden, damit der Kampf erfolgreich sei.

## Verhandlungen in der Blumen- und Federnindustrie.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses waren am Dienstag die Arbeiterinnen der Blumen- und Federnindustrie so zahlreich versammelt, daß der weite Raum nicht ausreichte, allen Platz zu bieten. Die ungeheure Teuerung hat auch die Angehörigen dieser Industriezweige betroffen. Sie sind dem Arbeitgeberverband angeschlossen, verlangt, eine Aufbesserung ihrer besonders niedrigen Löhne zu fordern.

Der Bericht über die Lohnverhandlungen wurde von Müller gegeben. Die Verhandlungskommission forderte für die zweite Hälfte August eine Nachzahlung und für die Zeit vom 1. bis 15. September eine Lohnherhöhung von 100 Prozent. — Die Arbeitgeber lehnten eine Nachzahlung ab, für die erste Hälfte September boten sie eine Lohnherhöhung von 80 Prozent an. 75 Proz. wollten sie aber bewilligen, wenn die Abmachung für den ganzen Monat September gelten sollte.

Die anschließende rege Diskussion führte zur Annahme eines von Reimann gestellten Antrags, nach dem sich die Versammelten mit 75 Proz. für die erste Septemberhälfte einverstanden erklären und die Frage der Nachzahlung für August sowie die Festlegung der Löhne über den 15. September hinaus dem Schlichtungsausschuß unterbreiten wollen. Die Arbeiterschaft unterstützt sich dem Spruch unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitgeber bereit sind, sich diesem zu fügen.

## Angestelltenarbitrage der chemischen Industrie.

Am Montag nahm eine IFA-Mitgliederversammlung der chemischen Industrie den Bericht über die Regelung der Augustgehälter entgegen. Die Verhandlung am 22. August wurde wegen zu geringer Zugeständnisse abgebrochen. Am 25. August wurde erneuert verhandelt. Hier erklärten sich die Arbeitgeber endlich bereit, einen Zuschlag von 50 Prozent für August auf die lartismäßigen Zulagegehälter zu gewähren. Dieser Zuschlag sollte das Neuzugeständnis darstellen, was in direkten Verhandlungen erreicht werden konnte. Außer dieser 50prozentigen Erhöhung sollen die Familien- und Kinderzulagen von je 200 auf je 600 M. erhöht werden. Die Verheiratenzulage soll in Zukunft auch an weibliche Angestellte gezahlt werden, die den Nachweis erbringen, daß sie Familienangehörige unterstützen müssen. Uebereinstimmend wurde von allen Diskussionsrednern ausgeführt, daß diese 50 Prozent den wirtschaftlichen Verhältnissen gegenüber keinen Ausgleich bieten, und in keinem Verhältnis ständen zu den Preissteigerungen, die in der chemischen Industrie vorgenommen sind. Das Abkommen wurde schließlich gegen eine nicht unerhebliche Minderheit angenommen.

Die gedruckten Beträge können vom Zentralverband der Angestellten, West-Alliance-Str. 7/10, gegen Erstattung der Unkosten bezogen werden.

## Neue Löhne der Töpfer.

Bei den gestrigen Verhandlungen wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Der Stundenlohn für Berlin beträgt vom 1. bis zum 15. September 76 M., die Zulage bei Akkordarbeit 7400 Proz. Für die Provinz wurde der Stundenlohn für den gleichen Zeitraum gestaffelt und auf 71,25 M., 69 M. und 68,75 M. festgesetzt.

## Die Reichs-Tarifverträge.

Nach einer vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung soden aufgestellten Statistik bestanden am 31. Dezember v. J. 129 Tarifverträge, die sich auf das ganze Reich erstreckten. Von ihnen waren 46 Mantelverträge und 83 Einheitsstarke. Die 46 Mantelverträge umfassten 70 551 Betriebe 1 411 520 beschäftigten Personen, von denen 1 172 884 organisiert waren. Auf Grund dieser Mantelverträge sind 976 Einzeitarife abgeschlossen worden. Von den 83 Einheitsstarke wurden 48 479 Betriebe mit 1 797 678 beschäftigten Personen erfüllt, unter denen 1 454 063 organisiert waren. Es sind somit durch Reichstarifverträge 3 209 198 Personen erfasst.

## Gewerkschaftliche Frauenliga in Amerika.

Die Amerikanische Gewerkschaftliche Frauenliga (National Women's Trade Union League) umfaßt Gewerkschaften des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, die ganz oder teilweise sich aus weiblichen Mitgliedern zusammensetzen. Sie hielt ihren 8. Verbandstag im Juni in Wauegan, Ill., ab. Die Mitgliederzahl der Liga wird auf rund 600 000 mit eigenen Sektionen in 20 Städten angegeben.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund wurde aufgefordert, den örtlichen Frauengruppen in solchen Gewerben, die in keinen Landesverband aufgenommen werden, die Errichtung besonderer Organisationen zu ermöglichen. Nur wenige Landesverbände lehnten die Zulassung von Frauen als Mitglieder noch ab; dazu gehören besonders die Friseurgehilfen und die Zimmerer.

Der Verbandstag wies darauf hin, daß neben den rund 8 Millionen Frauen in gleichmindernden Beschäftigungen gegen 20 Millionen Frauen in der eigenen Hausarbeit beschäftigt sind, die keinerlei amtliche Anerkennung oder Schutz genießen, obwohl auch ihre Tätigkeit für das Wohlbefinden von größter Bedeutung ist. Das Arbeitsministerium soll daher aufgefordert werden, eine besondere Erhebung über die wirtschaftliche Lage dieser Frauen vorzunehmen. Andere Beschlüsse sprechen sich für die Arbeitslosenversicherung, für das Nationalisierungsprogramm der Bergwerke, das die Vergleiche aufgestellt haben, für einen Landesarbeitsnachweis mit einem weiblichen zweiten Direktor, für die Festlegung des Mindestalters für die Beschäftigung Jugendlicher auf 16 Jahre mit entsprechender Verringerung des Schulalters aus.

Es handelt sich hier nicht um den „Internationalen Arbeiterinnenbund“, der in London seinen Sitz hat.

Im Otkauer Kohlenrevier haben — wie aus Prag gemeldet wird — die Verhandlungen zwischen Grubenbesitzern und Bergarbeitern über die Lohnherabsetzung begonnen. In der Arbeiterschaft ist eine starke Agitation im Gange, einem allgemeinen Abwehrkampf gegen das Vorgehen der Industrie einzuleiten. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen und bis 8. September vertagt.

Der kommunistische Generalstreik in Frankreich wurde gestern abend nach Ablauf der 34 Stunden als beendet erklärt. In Paris war nur wenig davon zu merken. Mehr Wirkung hatte die Parole im nördlichen Bergrevierstr. in Hautmont, Roubaige und St. Amour, besonders aber in Roubaix und Tourcoing, sowie in Lyon wo sich die Polizei einmischte, wodurch sechs Personen verletzt und 20 verhaftet wurden.

Deutscher Rechnerverband. Versammlung aller Rechner der Kartonnagen-Industrie morgen nachm. 5 Uhr im Stadthaus, Oberröffe.

Berantortlich für den Text: Viktor Schill, Berlin; für Anzeigen: Th. Glase, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3.

**Büchse Bezugsquelle**  
für Trikotasen, Strumpf- und Wollwaren  
**Strumpfhaus Werba, Berlin**  
Kottbuser Damm 77, Ecke Lenastr.

**Damen- u. Herren-Stoffe**  
alles Auf in großer Auswahl  
Kleider- u. Futter-Seiden  
schön und farbig  
**Gelegenheitskäufe**  
in mod. Mänteln, Kostümen,  
Kleidern u. Böden.  
**Paul Karle**  
O. 34, Warschauer Straße 79.

**Korpulenz — Fettigkeit**  
findet Dr. Hoffmann erf. geiz.  
**Entfettungs-Tabletten**  
ein vollkommen sicheres, erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Rein abführend. Kost. Preis sehr gering.  
**Befanten-Apothek**  
SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofspl.

**Metalbetten**  
Stahlmattressen, Kinderbetten für ein Priv.  
Kat. 36A freil. Eisenmattentfabr. Suhl Thür.

**Fahrräder!**  
Klein, Kleinst, Leicht.  
Koch, Neukölln  
Neustra. 58, Tele. 102.

**Resthandl.**  
**Haarpuder**  
Goldstr. 2, 1. Etage  
Herren- u. Damenstoffe,  
Seiden, Samt,  
sämtliche Parfümerien  
beliebend unter Preis

**Platin-, Gold- und Silberbruch**  
Zahngelbte, Uhren, Ketten, Ringe  
sowie  
sämtl. **Almetalle** kauft zu  
Engenpreisen  
**Roseneck, Berlin O.**  
Schreinerstraße 32 (Laden)  
1 Minute vom Hof Frank Allee  
Fahrgeleitvergütung  
Größtes Abstaubeziel für Händler

**Spezial-Arzt Dr. Scotti**  
für Haut- und Geschlechtskrankheiten.  
veraltete Narbenleiden, Syphilis-Kuren,  
Blutuntersuchung. Antiser-Institut.  
Dir.: Löser senior  
Sonnt. 9—14—9  
1 Minute vom Reichsplatz  
Rosenthaler Str. 69-70, Damestr. separ.

**Perse-Teppiche**  
Klaviere, Flügel  
höchste Tagelohn, sehr  
hier, Pallast 5, Kauf 1174

**Kleide dich billig, elegant**  
**Nur bei**  
**Garderoben-**  
**Franck**  
Neukölln,  
Göhrich-Str. 47  
1 Minute vom Reichsplatz

**Korbmöbel!**  
kaufen Sie am  
vorteilhaftesten direkt  
bei Hersteller  
**A. Lesdau**  
Verkäufte für  
sein Korbmöbel  
Fensterbrett  
Neukölln 1799,  
Janitzki-Str. 1799/200  
Neukölln, Anzener-  
str. 20.

**Überall in Zigarrengeschäften erhältlich**  
**Die echte Kapitän-Kantabak**  
mit viel Zitrinöl (Nestle, Schellen,  
Stangen, Lutti). Verkaufstellen durch  
Carl Röcker, Rixd. Str. 22 (N. 3861)

**Verkäufe**  
Belgische-Selepantisten, Güte  
und Preis aller Art extra billig.  
Später Kommandantenstraße 28 H.

**Winterrüstel, Reizhen, 1930**  
farbige, dunkelfarbige Winterrüstel,  
Rüsteln, Röcke, schwarzene  
Strickpulver, Wollensauerei, Direkt  
Werkstoff, Wollwolle, Rosenkaler-  
straße 44 H., Bodenseestrasse.

**Wollene, preismitt., Klammermoeder**  
Ein. Brunnenstraße 35.  
**Gerlinerserlau, Wollensauerei**  
eleganter Winterkleidung, Woll- u.  
Seiden, Kleider, Kostüme, Wollstoffe,  
Lüsterstoffe, sowie Kleiderstoffe,  
Spezialstoffe, Wollwaren, Wollwaren,  
Gardinenstoffe, etc. Verkauft durch  
jeweils gute, nahe Reichsplatz, Spittel-  
markt, Fahrwegstraße.

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Aannahme

**Brandenburg:** Berlin, Lindenstr. 3, oben.  
**Cöpenhagen:** Rixd. Str. 174, am Rappentopf.  
**Frankfurt:** Stieglitz Str. 17, Ecke Wögelburger Straße.  
**Hamburg:** Körnerstr. 42, an der Wollentaustraße. — Pringen-  
straße 31, Hof rechts portiere.  
**Hannover:** Wollentaustr. 46. — Wögelburger Weg 4.  
**Köln:** Eilendstr. 10/11.  
**Leipzig:** Sedanstr. 24.  
**München:** Wilhelmstr. 46, Stra. 48.  
**Nürnberg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Regensburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Saxony:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Stettin:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Thüringen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Wien:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Zürich:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.

**Aachen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Augsburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bamberg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bielefeld:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bonn:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Breslau:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bremerhaven:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Chemnitz:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Darmstadt:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Düsseldorf:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Essen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Hagen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Halle:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Kiel:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Krefeld:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Magdeburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Metz:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Oldenburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Osnabrück:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Potsdam:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Reims:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Regensburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Rostock:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Saarbrücken:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Salzburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Speyer:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Stuttgart:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Ulm:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Worms:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Würzburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.

**Alexander-Platz:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Brandenburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Cöpenhagen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Frankfurt:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Hamburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Hannover:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Köln:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Leipzig:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**München:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Nürnberg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Regensburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Saxony:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Stettin:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Thüringen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Wien:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Zürich:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.

**Aachen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Augsburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bamberg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bielefeld:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bonn:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Breslau:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Bremerhaven:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Chemnitz:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Darmstadt:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Düsseldorf:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Essen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Hagen:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Halle:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Kiel:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Krefeld:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Magdeburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Metz:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Oldenburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Osnabrück:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Potsdam:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Reims:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Regensburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Rostock:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Saarbrücken:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Salzburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Speyer:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Stuttgart:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Ulm:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Worms:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.  
**Würzburg:** Wollentaustr. 46, Stra. 48.